

# Johannes Schraps.

## Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 7/21

20. April 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,

hohe Inzidenzwerte und immer mehr Patienten auf den Intensivstationen der Krankenhäuser – die Fakten sprechen eine deutliche Sprache: Wir müssen die dritte Welle der Corona-Pandemie jetzt brechen! Seit Beginn der Krise wissen wir: Die Pandemie kennt weder Länder- noch Kreis- oder Stadtgrenzen. Wir werden das Virus nur in den Griff bekommen, wenn Bundestag, Bundesregierung und die Bundesländer an einem Strang ziehen.



Die Bevölkerung erwartet von uns zu Recht, dass wir bei der Impfkampagne ebenso an Fahrt aufnehmen wie beim Testen in Schulen und Betrieben. Vor allem wünschen sich die Menschen eine Perspektive: für nachvollziehbare Öffnungen des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Wenn wir diese Schritte gehen, müssen die zu treffenden Maßnahmen für die Menschen aber auch einheitlich und schlüssig sein. Deshalb setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion bereits seit November vergangenen Jahres für rechtssichere, transparente und bundeseinheitliche Regeln zur Eindämmung der Pandemie ein. Viele Monate hat sich die Union, aber auch das Bundeskanzleramt gegen unsere Vorschläge gesperrt. Umso mehr begrüßen wir, dass beim Koalitionspartner offensichtlich ein Umdenken stattgefunden hat und die Bundesregierung jetzt eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes auf den Weg gebracht hat. Ziel ist, die so genannte Notbremse bundeseinheitlich zu regeln und das Krisenmanagement insgesamt auf eine rechtssichere, einheitliche und für die Bevölkerung nachvollziehbare Grundlage zu stellen. In den Verhandlungen mit der Union konnten wir wichtige Punkte durchsetzen: Rechtsverordnungen der Bundesregierung stehen immer unter einem Zustimmungsvorbehalt des Bundestages. Darüber hinaus schreiben wir eine Testangebotspflicht in Unternehmen fest und erhöhen die Kinderkrankentage.

In den vergangenen Monaten haben wir viel Geld in die Hand genommen, um der Pandemie und ihren Folgen mit voller Kraft entgegenzutreten. Aufgrund des länger andauernden Lockdowns sieht der Entwurf für den Nachtragshaushalt 2021 zusätzliche Mittel von rund 60 Milliarden zur Bekämpfung des Virus, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zum Erhalt des sozialen Zusammenhalts in unserem Land vor. Und auch wenn die akute Krise überwunden ist, wird es noch dauern, bis wir die Folgen der Pandemie hinter uns lassen können. Deshalb ist es richtig, dass wir auch 2022 von der Ausnahmeregelung der Schuldenbremse Gebrauch machen.

Mit herzlichen Grüßen

Euer Johannes

### Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Digitales Zukunftsgespräch im Weserbergland mit Olaf Scholz
- Seite 3** — Rede im Deutschen Bundestag zum CBD-Umsetzungsgesetz
- Seite 4** — Bürgermeisterkandidat für Bodenwerder Sebastian Rode  
— Nominierungskonferenz in Bad Pyrmont für Uwe Schrader
- Seite 5** — IPS-Stipendiatin Aija Mežale aus Lettland stellt sich vor
- Seite 6** — Themenausblick Bundestag
- Seite 7** — Veranstaltung der Körber-Stiftung zur Lage in Belarus und in Russland

Ihr findet mich auch bei :



## DIGITALES ZUKUNFTSGESPRÄCH MIT OLAF SCHOLZ



Am 13. April 2021 war unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz auf meine Einladung virtuell im Weserbergland zu Gast.

Räumlich getrennt – und doch miteinander diskutieren. Wir bleiben im Gespräch, gerade in dieser Zeit, in der wir direkte Be-

gegnungen reduzieren müssen, um das Coronavirus zu stoppen. Olaf Scholz stellt sich im Rahmen der virtuellen Zukunftsgespräche den Fragen der Bürgerinnen und Bürger nutzt unter anderem die Möglichkeit, um zu erfahren was die Menschen vor Ort umtreibt.

und Teilnehmer aus dem Weserbergland mit dabei waren. Dabei wurden unterschiedliche Fragen angesprochen: Unter anderem ging es um das Ehrenamt unter den aktuellen Umständen, über gute Löhne, zukunftsfähige Mobilität und Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, moderne Bildung und Digitalisierung bis hin zu Fragen, wie eine sozial gerechte Klimapolitik aussieht. Es war ein prima Gespräch bei dem alle, die dabei waren, Olaf noch ein wenig besser kennenlernen konnten.

Wer unser Gespräch verpasst hat, der kann hier gerne nochmal reinschauen:

<https://www.youtube.com/watch?v=-B3w0mAQPWw>

HEUTE LIVE IN HAMELN-PYRMONT UND HOLZMINDEN



Sein Ziel ist es, bis zur Bundestagswahl am 26. September alle Wahlkreise digital aus dem Studio im Berliner Willy-Brandt-Haus zu besuchen, so lange es die epidemiologische Lage erfordert.

Als Gastgeber und Moderator der Veranstaltung habe ich mich sehr gefreut, dass mehr als 150 Teilnehmerinnen

## REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUM CBD-UMSETZUNGSGESETZ



Am letzten Donnerstag habe ich im Deutschen Bundestag zu zwei Finanzgesetzen gesprochen, die ich in den Wochen zuvor mit dem Koalitionspartner verhandelt habe: Zum so genannten CBD-Umsetzungsgesetz und zum Wertpapierinstitutsaufsichtsgesetz. Die sog. Covered-Bonds-Richtlinie (CBD) harmonisiert Regelungen über Schuldverschreibungen, die durch Vermögenswerte, wie Immobilien oder öffentliche Anleihen, besichert sind. In Deutschland erfolgt die Umsetzung im Pfandbriefgesetz. Die Bezeichnungen werden den Vertrieb des Pfandbriefes im Ausland erleichtern. Sicherlich klingt es sehr technisch, aber

auch viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Weserbergland werden davon profitieren. Denn der Pfandbrief ist besonders im Immobilienmarkt weit verbreitet und bringt nun den Bürgerinnen und Bürgern noch mehr Sicherheit. Außerdem wird der bekannte deutsche Pfandbriefstandard nun in ganz Europa etabliert. Durch das Gesetz werden die Anforderungen an Pfandbriefe und andere gedeckte Schuldverschreibungen in zentralen Punkten europäisch geregelt. Das führt auch dazu, dass Deutschland weiterhin ein moderner, wettbewerbsfähiger und transparenter Finanzmarkt bleibt. Durch das Gesetz wird

zudem nun auch in Deutschland die Möglichkeit einer gesetzlichen Fälligkeitsverschiebung bei der Abwicklung von Deckungswerten und Pfandbriefverbindlichkeiten eingeführt. Im Fall der Insolvenz einer Pfandbriefbank können nun Fälligkeiten um 12 Monate verschoben werden. Dadurch kann die Liquidität bei der Verwertung des hinter den Pfandbriefen stehenden Deckungsvermögens leichter gewährleistet werden. Die Aufsicht für Wertpapierinstitute schützt die Anleger von Wertpapieren in Zukunft besser.

Die ganze Rede gibt es hier: [https://www.youtube.com/watch?v=IHeg5\\_J6Gpc](https://www.youtube.com/watch?v=IHeg5_J6Gpc)

## UNSER BÜRGERMEISTERKANDIDAT FÜR BODENWERDER: SEBASTIAN RODE



Sebastian Rode wurde offiziell als Kandidat für die Bürgermeisterwahl in Bodenwerder aufgestellt. Dafür hat Sebastian einen uneingeschränkten Rückenwind bekommen: 100% der Delegierten im SPD Samtgemeindeverband Bodenwerder-Polle haben Sebastian ihr Vertrauen ausgesprochen. Mehr Unterstützung kann man sich nicht wünschen, um am 12. September 2021 als neuer Bürgermeister in das Rathaus in Bodenwerder einzuziehen. In den vergangenen Jahren

hat Sebastian als Bürgermeister von Hehlen gezeigt, dass sich die Menschen immer auf ihn verlassen können. Das wird auch in der Samtgemeinde so sein. Ich bin völlig überzeugt, dass wir mit Sebastian Rode einen ausgezeichneten Kandidaten für das Amt des Hauptverwaltungsbeamten ins Rennen schicken. Bereits als Mitarbeiter von Sabine Tippelt haben wir seit Jahren eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Auf in einen starken kreativen Wahlkampf!

## NOMINIERUNGSKONFERENZ VON UWE SCHRADER



bergland als Kandidat aufgestellt worden und SCHRADER soll neuer Bürgermeister der schönen Kurstadt Bad Pyrmont werden! Das hat die Mitgliederkonferenz der SPD Bad Pyrmont am vergangenen Wochenende einhellig beschlossen und Uwe Schrader damit ganz viel Unterstützung auf den Weg gegeben. Im innovativen Konzept des „Autokinos“ kamen die SPD-Mitglieder auf dem Pyrmont-Marktplatz zusammen. So konnte das ausgezeichnete Hygienekonzept sicher umgesetzt werden, das den Pandemie-Umständen gerecht wurde.

geschützte Sitzplätze mit großem und damit genügend Abstand. Alle Wahlhelfer wurden vor der Veranstaltung natürlich zudem auf das Coronavirus getestet. Neben meinem Landtagskollegen Uli Watermann habe auch ich ein Grußwort gehalten und freue mich auf einen engagierten gemeinsamen Wahlkampf mit Uwe Schrader. Ich würde mir wünschen, wenn meine Geburtsstadt Bad Pyrmont ab dem Herbst dann wieder einen SPD-Bürgermeister bekommt, der eine proaktive und zukunftsgerichtete Politik macht. Bereits als Fraktionsvorsitzender der Stadtratsfraktion in den letzten Jahren hat Uwe deutlich gezeigt, dass auf ihn Verlass ist. Selbstverständlich hat er auch meine volle Unterstützung!

SCHOLZ steht als Kanzlerkandidat für die SPD schon länger fest, SCHRAPS ist als amtierender Bundestagsabgeordneter erneut von der SPD im Weser-

Für die Mitglieder, die nicht mit dem Auto kommen wollten oder konnten gab es bei der Open Air-Versammlung vor dem Regen

## IPS-STIPENDIATIN AIJA MEŽALE AUS LETTLAND STELLT SICH VOR



Hallo! Mein Name ist Aija Mežale und seit Mitte April mache ich ein IPS-Praktikum im Berliner Büro von Johannes. IPS bedeutet Internationales Parlaments-Stipendium. Das ist ein Programm für junge Politik-Interessierte aus der ganzen Welt. Ungefähr 100 Stipendiatinnen und Stipendiaten können fünf Monate lang die Abläufe im Deutschen Bundestag vor Ort verfolgen, drei davon verbringt man in einem Abgeordnetenbüro. Ich bin sehr dankbar, dass ich so eine tolle Möglich-

keit habe den Bundestag "von Innen" zu erleben. Eigentlich wollte ich mein Praktikum schon letztes Jahr machen, aber die Pandemie hat uns alle überrascht. Deshalb bin ich froh, dass ich nun die Chance habe, zumindest digital mitzumachen. Das IPS-Programm verläuft ja dieses Jahr coronabedingt ganz anders als sonst. Im Laufe des Programms werde ich die Sitzungen im Bundestag digital verfolgen und Johannes und sein Büro aus dem Home Office unterstützen. Trotz

der Einschränkungen ist es mir gelungen am ersten Tag Johannes und seine Mitarbeiterin Irina persönlich zu treffen. Ich freue mich, dass ich bei einem jungen Abgeordneten gelandet bin und dass meine Betreuerin in Büro selbst mal eine IPS-Stipendiatin war. Die Kennenlern-Runde mit den anderen Kolleginnen und Kollegen im Büro fand erstmal digital statt.

Ich komme aus einer kleinen Stadt in Lettland mit ungefähr zweitausend Einwohnern. Bevor ich nach Deutschland gekommen bin, habe ich in Riga Germanistik studiert und als Museumsführerin gearbeitet. Als ich in der 6. Klasse angefangen habe Deutsch zu lernen, konnte ich mir nicht vorstellen, dass diese Sprachkenntnisse mir so viele Türen öffnen werden. Trotzdem versuche ich auch hier in Berlin, wo ich zur Zeit lebe, den Kontakt zu meiner Heimat nicht zu verlieren, z. B. habe ich als Lektorin für Lettisch an der Universität Greifswald gearbeitet und allen Interessenten meine Muttersprache beigebracht. Außerdem engagiere ich mich ehrenamtlich bei verschiedenen Initiativen in Lettland und Deutschland, die sich thematisch mit der Interessengebieten von Johannes überschneiden. Im Büro von Johannes möchte ich mehr darüber erfahren, wie die Arbeit im Bundestag praktisch organisiert wird, wie die Entscheidungen getroffen werden und wie die Kommunikation zwischen Abgeordneten und Bürgern im Wahlkreis verläuft. Ich versuche in diesen drei Monaten trotz der Pandemie möglichst viele Erfahrungen zu sammeln und werde sie sehr gerne mit Menschen in Lettland teilen.

### Nachtragshaushalt 2021: Gute Finanzpolitik gegen die Krise

Schon die verschiedenen Hilfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Wirtschaft haben den Finanzbedarf der öffentlichen Kassen deutlich ansteigen lassen. Nun sind noch einmal erhebliche Finanzmittel für eine wirksame Impfkampagne und eine umfassende Teststrategie nötig. Diese sind zentrale Voraussetzungen, um die Pandemie zu bewältigen. Der Nachtragshaushalt enthält daher u. a. Mehrausgaben beim Bundesgesundheitsministerium in Höhe von 8,7 Milliarden Euro, davon 6,2 Milliarden Euro für die Beschaffung von Impfstoffen. Auch für die wirtschaftliche Bewältigung der Pandemie enthält der Nachtragshaushalt 2021 noch einmal mehr Mittel. Um 25,5 Milliarden Euro stocken wir die Hilfen für Unternehmen und Selbstständige auf. Damit stehen im Jahr 2021 insgesamt 65 Milliarden Euro für Wirtschaftshilfen zur Verfügung, die im ganzen Land stark nachgefragt werden und Unternehmen und damit auch Arbeitsplätze schützen. Mit dem Nachtragshaushalt setzen wir darüber hinaus weitere, bereits beschlossene Hilfen finanziell um, zum Beispiel den erneuten Kinderbonus in Höhe von 150 Euro pro Kind. Zugleich verringern sich pandemiebedingt die Steuereinnahmen in diesem Jahr um schätzungsweise 8,8 Milliarden Euro gegenüber der ursprünglichen Planung. Mit weiteren 9,4 Milliarden Euro vollzieht der Entwurf finanzielle Belastungen nach, etwa bei den Zinsausgaben oder dem geringeren Bundesbankgewinn.

Darüber hinaus legen wir Geld be-

reit, um im weiteren Jahresverlauf schnell auf die weitere Entwicklung der Pandemie reagieren zu können. Die bereits existierende Vorsorge soll um weitere acht Milliarden Euro auf dann 43 Milliarden Euro aufgestockt werden. Bürgerinnen und Bürger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige und Unternehmen können sich darauf verlassen, dass die Hilfen so-lange zur Verfügung stehen, wie sie benötigt werden. Mit dem Nachtragshaushalt werden die Gesamtausgaben im Jahr 2021 auf 547,7 Milliarden Euro steigen.

### Kinderrechte ins Grundgesetz

Kinderrechte sollen explizit im Grundgesetz (GG) verankert werden. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, der in dieser Woche in 1. Lesung beraten wird. Eine entsprechende Ergänzung des Artikels 6 macht künftig die Rechte der Kinder für alle sichtbar: Mit den dort formulierten Kinderrechten wird Gerichten, Verwaltungen und Gesetzgebern verdeutlicht, welch hohe Bedeutung Kinder und ihre Rechte haben. Denn Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie müssen besonders geschützt, gefördert und ernst genommen werden. Mit der Änderung des Grundgesetzes bekommt das Kindeswohl künftig Verfassungsrang.

Jetzt muss gemeinsam ein Weg für eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat gefunden werden. Wir haben die große historische Chance, einen entscheidenden Erfolg für die Stärkung der Rechte von Kindern und Familien zu erzielen.

### Die Schiene europaweit stärken

Kein Verkehrssektor hat in den letzten Jahren in Deutschland und Europa so viel Aufschwung erfahren wie der Schienenverkehr. Das ist gut so, denn der Güter- und Personentransport mit der Bahn ist effizient, sauber und sicher. Die SPD-Fraktion erwartet, dass das Bundesverkehrsministerium mit dem größten Bahn-Etat in der Geschichte der Bundesrepublik den Ausbau der Schiene weiter vorantreibt. Der Deutschlandtakt und die hierfür notwendigen Neu- und Ausbauprojekte sind bereits vorbereitet, genauso wie die Sanierung und weitere Elektrifizierung der Schienenwege. Das gilt es schnell umzusetzen.

Insbesondere der Schienengüterverkehr soll deutlich wachsen, wie wir in einem gemeinsamen Antrag mit dem Koalitionspartner festhalten. Gerade für die Unternehmen muss sich der Transport von Gütern auf der Schiene lohnen. Dazu brauchen wir auch einen starken europäischen Einzelwagenverkehr. Einzelwagensysteme bestehen aus mehreren Wägen verschiedener Versender und Empfänger, wohingegen beim Ganzzugsystem ein Wagenverband zwischen Versender und Empfänger verkehrt.

Für eine attraktive, konkurrenzfähige europäische Eisenbahn reichen nationale Bemühungen allein nicht aus. Die Bahn muss zum Rückgrat des europäischen Verkehrssystems werden – digitalisiert und elektrifiziert. Das muss auch für die Buchungen von Tickets über Landesgrenzen hinweg gelten. Der Antrag wird in dieser Woche im Plenum beraten.

## VERANSTALTUNG DER KÖRBER-STIFTUNG ZU DEN PROTESTEN IN BELARUS UND IN RUSSLAND



Letzte Woche war ich von der Körber-Stiftung zu einer Online-Diskussion mit Zhanna Nemtsova (Boris Nemtsov Stiftung) und Franak Viačorka (Berater von Sviatlana Tsikhanouskaya) eingeladen. Sowohl in Belarus, als auch in Russland ist es im letzten und in diesem Jahr wieder zu oppositionellen Protesten gekommen, die von den beiden Regierungen brutal unterdrückt werden. Im Zuge einer lebhaften Diskussion haben wir uns

mit zahlreichen spannenden Fragen auseinandergesetzt. Wie prägen diese Proteste die politische Zukunft der beiden Länder? Welche Rolle können die EU und Deutschland spielen und was erwarten die Protestierenden?

Auch wenn die Lage in Belarus und Russland nicht in allen Aspekten vergleichbar ist, habe ich betont, dass die EU möglichst eine gemeinsame Position vertreten muss. Die Regierungspolitik darf nicht mit der

Gesellschaft Russlands oder Belarus gleichgesetzt werden, deshalb ist es wichtig Kanäle für die Unterstützung der zivilen Gesellschaft zu finden. Ich habe großen Respekt gegenüber allen Menschen in Belarus und in Russland, die ihre politische Position trotz der staatlichen Gewalt vertreten. Es wird kein einfacher Weg sein, aber ich glaube fest daran, dass die beiden Gesellschaften ihren demokratischen Wandel hinbekommen werden.

### Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2  
31785 Hameln  
05151 107 33 99

### Büro Holzminden

Obere Str. 44  
37603 Holzminden  
05531 5030

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

### V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva